

## **Redeauszug von Antje Jansen zu TOP 46: Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten**

309/2011

Es gilt das gesprochene Wort.

Kiel, 26. August 2011

### **Redeauszug von Antje Jansen zum Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten**

„Wenn 44 Prozent aller Eingaben den Komplex Hartz IV betreffen und damit ein „neuer unrühmlicher Höhepunkt“ erreicht wird, dann kann die Ursache nicht mehr bei den Menschen gesucht werden, die auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind. Dann steckt der Fehler im System.

Die Spannweite der Probleme bei Hartz IV reicht wie schon in den Vorjahren von der Erreichbarkeit der Jobcenter über lange Bearbeitungszeiten, Berechnungsfehler und fehlende Transparenz und Verständlichkeit der Bescheide bis hin zu mangelnden Fachkenntnissen der JobCenter-Beschäftigten. Das alles hatten wir schon, wir kennen es und DIE LINKE kritisiert diese unveränderte Situation schon seit Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze.

Es wäre auch völlig unsinnig und illusorisch, eine deutliche Besserung der Situation von den inzwischen in Kraft getretenen Änderungen des SGB II zu erwarten. Im Gegenteil: Die Ausgangslage bleibt gleich. Nur werden wir im nächsten Tätigkeitsbericht mit dem neuen Bildungs- und Teilhabepaket ein weiteres Themenfeld finden.

Der Bericht der Bürgerbeauftragten macht aber auch deutlich, dass es nicht nur bei Hartz IV weiterbrennt. Zum Beispiel warten wir trotz des Landtagsbeschlusses vom September 2009 noch immer auf die Umsetzung einer landeseinheitlichen Sozialstaffel für die Kita-Elternbeiträge und den Wegfall der 85-Prozentregelung. Gelungen ist der Landesregierung bisher nur, die Dringlichkeit des Problems dadurch noch zu erhöhen, dass die Landesregierung das beitragsfreie dritte Kita-Jahr abgeschafft und die Zahl der betroffenen Eltern erhöht hat.

Wer sich an die Bürgerbeauftragte und ihr Büro wendet, die oder der ist mit seinem Problem dort gut aufgehoben. Der Tätigkeitsbericht ist entsprechend Jahr für Jahr ein zuverlässiges seismographisches Instrument für soziale Problemlagen. Aber was nützt die beste Messung, wenn

sie nicht abgelesen wird. Was nützen Erfahrung und Augenmaß, wie sie sich in der Tätigkeit der Bürgerbeauftragten widerspiegeln, wenn ihre Stellungnahmen unbeachtet bleiben wie im Falle der Schülerbeförderung, wo die Landesregierung die Elternbeteiligung an den Kosten gegen Eltern und gegen Kreise durchzwingt.“